



Pressemitteilung Nr. 16-307
vom 27.08.09

Anschrift Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1
30159 Hannover
Telefon 0511/3030-4011/13
Fax 0511/3030-4808
E-Mail SPDPresse@LT.Niedersachsen.de
Internet www.SPDLandtag-Nds.de

Lies: Erheblicher Mehrbedarf bei Ausbildungsplätzen in Niedersachsen

Die Ausbildungsplatzsituation in Niedersachsen ist nach Ansicht der SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag nicht so positiv, wie die Landesregierung Glauben machen will. „Allen Betrieben im Land, die jungen Menschen mit einem Ausbildungsplatz eine Chance geben, gilt unser Dank. Aber bei aller Freude darüber brauchen wir Ehrlichkeit in der Debatte“, mahnte der SPD-Landtagsabgeordnete Olaf Lies am Donnerstag in Hannover.

In der jüngsten Aktuellen Stunde im Landtag habe die CDU am Mittwoch reine Schönfärberei betrieben, indem sie sich ausschließlich auf die Ausbildungsplatzzahlen im Handwerk beschränkt habe. „Die Wirklichkeit relativiert die Angaben der Union erheblich“, so Lies. Während im Handwerk tatsächlich 1000 zusätzliche Ausbildungsplätze im Vergleich zu Vorjahresmonat festgestellt werden könnten, seien die Zahlen im IHK-Bereich Niedersachsen um 545 Plätze gesunken. „Die Zahl der bei der Bundesagentur für Niedersachsen gemeldeten Ausbildungsplätze ist sogar um 3500 gegenüber dem Vorjahr gesunken. Viel zu viele junge Menschen verbringen die Zeit in Warteschleifen an den Berufsbildenden Schulen.“

Lies: „Wir haben in Niedersachsen bis zu 15.000 Altbewerber, also Schülerinnen und Schüler, die aus der Warteschleife auf den Ausbildungsmarkt drängen.“ Um diesen jungen Menschen eine Zukunftschance zu bieten, schlägt die SPD-Fraktion als Sofortmaßnahme zeitlich begrenzte Projekte vor, die eine außerbetriebliche Ausbildung mit hohen Praxisanteilen kombinieren. „Hier

könnten gemeinsam mit Kammern, Verbänden und den Berufsschulen zusätzliche Ausbildungsplätze geschaffen werden. Die Jugendlichen sollen den Auszubildenden gleichgestellt sein und die Prüfungen würden von IHK und HWK abgenommen. Die inhaltliche Verantwortung soll bei den Berufsbildenden Schulen liegen. Diese würden auch die Ausbildungsverträge abschließen“, schlägt Lies vor. Die Finanzierung müsste zu wesentlichen Teilen von der Bundesagentur für Arbeit bestritten werden.